ROTE KOMMENTARE

23.6.69

SDS - Heidelberg

Der Kampf gegen die Strassenbahntarife geht weiter

Die Bedeutung der Straßenbahnblockade

Der Kampf um die Senkung der Straßenbahntarife hat eine Bedeutung, die weit über die Frage der Straßenbahntarife hinaus geht. Der Erfolg der Aktion besteht nicht darin, daß wir jetzt zu den alten Tarifen Straßenbahn fahren können, denn die sind immer noch zu hoch, sondern darin, daß wir die Herren im Rathaus und in Stuttgart gezwungen haben, unsere Interessen vor ihre angeblichen Sachnotwendigkeiten zu stellen. Vorher hatte Zundel gewaltig getönt: die Fahrpreiserhöhung ist unvermeidlich. Nach fünf Tagen aktiven Protests war sie vermeidbar.

Diesen Erfolg konnten wir nur erringen, weil wir zu ungesetzlichen Maßnahmen gegriffen haben. Wenn wir nur zum Boykott aufgerufen hätten, den Straßenbahnverkehr aber sonst unbehelligt gelassen hätten, wäre nichts dabei herausgekommen. Die Frage, Tariferhöhung oder nicht, war eine Machtfrage, in der es der Herrschaftsseite darum ging zu beweisen, daß sie immer im Recht ist, und uns darum, daß wir gegen dieses Recht unsere Interessen durchsetzen können . Wenn wir nur boykottiert und nicht blockiert hätten, hätte das niemanden gekümmert. Denn die Herren waren bereit, große finanzielle Verluste durch den Boykott hinzunehmen, nur um zu zeigen, daß sie immer im Recht bleiben.

Als wir aber durch konsequente Blockade und gleichzeitige Organisation des Rote-Punkte-Verkehrs zeigten, daß die Herren nicht nur nicht im Recht sondern sogar überflüssig sind, mußten sie schnell reagieren: entweder die Blockade mit Polizeigewalt brechen, oder, als ihnen das nicht gelang, nachgeben. Ein Zustand, in dem vor aller Augen demonstriert wurde, wie gut die Massen ohne die Herren auskommen, wenn sie sich nur selbsttätig organisieren, ist für die Herren unerträglich. Es ist eine direkte Infragestellung ihrer Herrschaft.

Genau der Teil unserer Aktionen, der gefährlich für sie war, die ungesetzlichen Blockaden, machen daher die Zundels und Krauses in Heidelberg wie in Hannover nervös. In beiden Städten begrüßten sie die Rote-Punkte-Aktion, wollten aber die Blockierer von den übrigen Demonstranten spalten: Zundel warnte davor, "sich vor den Wagen des SDS spannen zu lassen." In Hannover meinte ein Landesrichter: "Daß ausgerechnet dieses strafbare Verhalten die Veränderung eines an sich üblen Zustandes herbeigeführt hat, ist doch schlechthin unerträglich!"

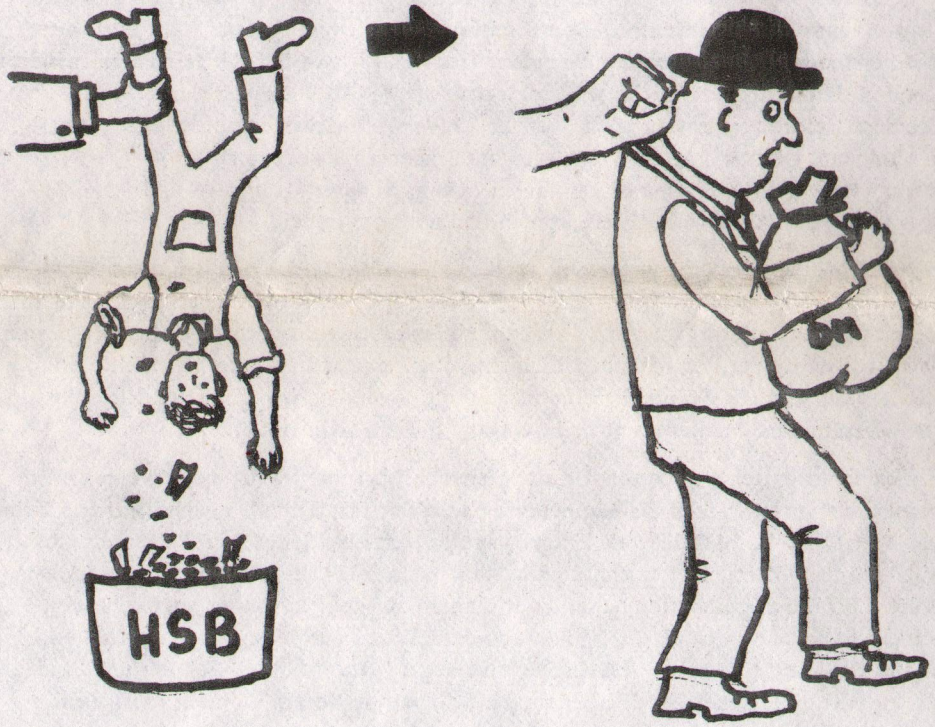
Es sind also nicht die wirtschaftlichen Forderungen, die die Herren nervös machen, sondern es ist die Tatsache, daß wir zu ihrer Durchsetzung politische Kampfmaßnahmen ergreifen, die ungesetzlich sind, weil die herrschenden Gesetze immer von den Herrschenden gemacht werden, die außerparlamentarisch sind, weil die Massen in den Parlamenten schon lange nicht mehr vertreten sind. Auch der DGB hat diesen entscheidenden Punkt erkannt: einerseits droht er ganz offen, daß er sich auf die Seite der Polizei schlagen würde, wenn wir weiter aktiv für das Ziel "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" kämpfen: "Alle weiteren Behinderungen (des Straßenbahnverkehrs) können von uns nicht mehr gut geheißen werden." Andererseits versucht er am grünen Tisch die Fahrgeldfreiheit für die Lehrlinge auszuhandeln, weil er natürlich auch gesehen hat, daß die Lehrlinge sich mit am aktivsten an der Blockade beteiligt haben. Indem er den Lehrlingen einen Brocken hinwirft, will er sie daran hindern, für die Rechte aller Arbeiter zu kämpfen.

wann sie arbeiten sollen oder nicht. Wenn es aber um die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" geht und um die Garantie dafür, daß wir nicht doch wieder die Zeche bezahlen müssen, dann müssen wir zu ganz anderen Mitteln greifen: dann müssen wir uns in den Betrieben organisieren und die nächste Tariferhöhung, vielleicht schon in einem halben Jahr, so beantworten, daß mehr dabei herauskommt, mit dem Streik.

Denn nur wenn wir mit dem Streik den einzelnen Unternehmer an seinen Interessen packen, können wir verhindern, daß er wieder händereibend unseren Streit mit der Stadtverwaltung beobachtet, weil er sicher sein kann, daß er ungeschoren davon kommt. Viele Betriebsleitungen haben die Rote-Punkte-Aktion aktiv unterstützt, denn sie garantierte, daß die Arbeitenden pünktlich zur Ausbeutung kamen. Das darf das nächste Mal nicht wieder so sein. Denn die Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz" richtet sich an den einzelnen Unternehmer. Daran müssen wir unbedingt festhalten, weil wir im Augenblick nur auf der Ebene des einzelnen Betriebes kontrollieren können, daß die Kosten uns nicht doch wieder aufgehalst werden.

Wenn es uns gelingt, unsere Forderungen in den Betrieben durchzusetzen und gleichzeitig darüber zu wachen, daß wir hinterher nicht doch wieder den Kürzeren ziehen, dann verwirklichen wir ein Stück ARBEITERKONTROLLE, wie wir es am 1. Mai gefordert haben.

Zahlt die Strassenbahntarife aus Unternehmerprofiten!



Wie es jetzt weiter geht

Wir dürfen uns nichts vormachen. Natürlich sind unsere Forderungen ohne weiteres erfüllbar. In vielen Betrieben wird das Fahrgeld schon ganz oder großen Teils zurückerstattet und Zundel hat die allgemeine Fahrpreisfreiheit für 1985 vorhergesagt. Wenn aber unsere Forderungen in irgendwelchen Parlamenten, Gemeinderäten oder Chefzimmern erfüllt werden, damit wir endlich Ruhe geben, dann können wir sicher sein, daß uns dafür dann die Rechnun an anderer Stelle präsentiert wird. Das wird dann bei den nächsten Tarifverhandlungen "berücksichtigt", oder der Schulbau wird entsprechend eingeschränkt. Das hat man ja schon angekündigt. Die dicksten Geldsäcke, die der Unternehmer, werden sicher nicht angetastet.

Damit wir hinterher nicht doch wieder die Dummen sind, müssen wir den Kampf so führen, daß sie es nicht wagen, uns doch wieder übers Ohr zu hauen. Wir müssen den Kampf in den Betrieben führen.

Die Rote-Punkte-Aktion war zweideutig. Sie konnte in Heidelberg die Rücknahme der Fahrpreiserhöhung erzwingen. Aber mehr war wahrscheinlich nicht drin, denn die Stadt Heidelberg ist tatsächlich ärmer als die Stadt Hannover. Unsere Aktion hatte den Bereich ausgespart, in dem die Kapitalisten besonders empfindlich sind: den der Betriebe. Statt der Straßenbahnen und Busse haben dieses Mal die Roten-Punkte-Autos die Arbeitenden an die Plätze gefahren, an denen die Unternehmer ihre Profite mit den Arbeitskräften machen. Die Straßenbahn-Aktion hat die kapitalistische Wirtschaft nicht gestört.

Dennoch waren die Aktionen der letzten Woche richtig, denn die Studenten und Schüler, die die Blockaden zum großen Teil durchführten, können den Arbeitern nicht vorschreiben,

Heidelberger Winter: Analysen und Dokum
erhältlich auf dem AStA

Die Resolution der Versammlung von Arbeitern, Studenten und Schülern vom 20. 6. 1969:

Die anwesenden Arbeiter, Schüler und Studenten führen die Blockade der Straßenbahn am Samstag nicht weiter. Sie hatten als unmittelbares Ziel ihrer Aktion die Aufhebung der Fahrpreiserhöhung bestimmt, - nicht weil sie geglaubt hatten, dieses Ziel sei an sich ein sozialistisches, sondern weil sie zeigen wollten, daß man gegen Maßnahmen der herrschenden Clique sich erfolgreich wehren kann. Das haben sie gezeigt. Obwohl die Stadtbürokratie immer wieder behauptet hatte, die Tariferhöhung folge unmittelbaren Sachzwängen, zeigte sich durch die Widerstandsaktionen bald, was es mit der Sache auf sich hatte. Unter dem Druck unserer Aktionen mußte die herrschende Clique einen Rückzieher machen.

Wir wissen, daß die Aufhebung der Tariferhöhung kein langfristiges Zugeständnis ist und nichts daran ändert, daß der Nahverkehr von denen finanziert wird, die nichts von ihm haben als durch ihn zu entfremdeter Arbeit gebracht zu werden. Deshalb bleibt unsere Forderung "Freie Fahrt zum Arbeitsplatz". Diese können wir jedoch nur erkämpfen, wenn wir den politischen Erfolg dieser Aktion in politische Arbeit umsetzen im Betrieb, in der Schule und in der Universität; um dann eine neue Tariferhöhung nicht mehr bloß abzuwehren, sondern offensiv gegen das Kapital selbst zu wenden.

Wir würden unsere Initiativfunktion verkennen, wenn wir glauben würden, wir müßten den Kampf gegen Tarife der HSB ewig weiterführen, statt den Erfolg in eine langfristige und allseitige Mobilisierungsstrategie umzusetzen, die es erst ermöglicht, daß die lohnabhängigen Massen den Kampf selbst aufnehmen.

ente des Wintersemesters 3.- DM

In der vorigen Woche organisierte der AStA Boykott und Blockade der Strassenbahn - heute wird er abgeschafft

Donnerstag findet in Stuttgart die erste Lesung der Hochschulgesetznovelle statt. In ihr soll der Studentenbewegung gleich an mehreren Kanälen das Wasser abgegraben werden.

1. Das Kultusministerium soll die Möglichkeit erhalten, verbindliche Studiengänge einzuführen. Das heißt: Mit einem festen Lehr- und Prüfungsprogramm soll gewährleistet werden, daß die Studenten gar keine Zeit mehr haben, auf dumme Gedanken zu kommen.

2. Das Ordnungsrecht, das jedes Aufmucken in studentischen Aktionen unter ein Sonderstrafrecht stellt, das bis zum praktischen Berufsverbot gehen kann (Ausschluss von der Universität für 3 Jahre), soll in das Hochschulgesetz eingebaut werden.

3. Die Allgemeinen Studentenausschüsse (AStA) sollen zerschlagen werden.

WARUM ZERSCHLAGUNG DES ASTA UND WARUM JETZT ?

Ursprünglich war der AStA eine vom Staat geschaffene Einrichtung, die als Interessenverband der Studenten kleine soziale Ungerechtigkeiten beheben sollte. Solange die soziale Rolle der Studenten eindeutig die war, an den Universitäten zu Herrschaftsberufen im Kapitalismus ausgebildet zu werden, solange war der AStA also Interessenverband, der die Privilegien der Studenten als Oberklassenmitglieder garantierte. Das änderte sich auch nicht sehr, als die Studenten mit noch nur moralischem (z. B. Vietnam-Demonstrationen) und auch noch elitärem Protest ins öffentliche Bewußtsein traten: an der sozialen Rolle der Studenten hatte sich noch nicht viel geändert.

Doch die studentische Linke wurde stärker, alle Versuche, sie zu isolieren, führten zu nichts. Nachdem die sozialistischen Studenten erkannt hatten, daß die Wissenschaft im Kapitalismus nur dazu dient, die Herrschaft zu sichern und zu organisieren, fingen sie an, gegen diese Wissenschaft und gegen den Kapitalismus selbst zu kämpfen.

Die linken Studenten eroberten im Kampf gegen die bürgerliche Wissenschaft die AStA und bedienten sich ihrer als Instrument, um den Angriff gegen Wissenschaft und Kapitalismus zentral zu organisieren. Damit hatten sie gleichzeitig dem Staat ein Mittel der Beherrschung der Studenten entwunden. Der AStA wurde für die Herrschenden wertlos und gleichzeitig gefährlich, weil sozialistische AStA die Möglichkeiten von Gegenmacht und Selbstorganisation auch über die Universität hinaus demonstrierten, weil der AStA zum organisatorischen Zentrum der Studentenbewegung geworden war. Und die war längst nicht mehr nur Studentenbewegung. Schüler, Lehrlinge und junge Arbeiter waren individuell politisiert worden und zu ihr gestoßen.

Die Herrschenden können aber keinen noch so kleinen Ansatz von Gegenmacht dulden. Freiräume in der Universität sind einmal frei von direkter Herrschaftsausübung und zum anderen Ort der Selbstorganisation, an dem punktuell Schluss gemacht wird mit Wissenschaft im Dienste der Herrschenden. Zudem, das wurde während der Straßenbahnblokkade deutlich, ist das Tätigkeitsfeld, in dem die Studentenbewegung mit Hilfe des AStA wirksam wird, längst nicht mehr vorrangig die Universität.

Wenn es erst möglich ist, personalisierte Herrschaft brüchig zu machen, wenn z.B. Zundel nicht mehr einfach als kompetente Sachautorität dasteht, sondern seiner scheinbaren Sachlichkeit entkleidet als Träger nackter Herrschaft, der zum Polizeieinsatz greift, um das "Vertrauen" in ihn zu erhalten, dann reicht es nicht mehr, die Linken, die diese Situation geschaffen haben, nur einzeln auf dem Justizweg auszuschalten. Dann reicht es auch nicht mehr irgendwann den SDS zu verbieten, weil inzwischen klar ist, daß die beginnende sozialistische Bewegung der Arbeiter, Schüler und Studenten weit über die Mitglieder des SDS hinausgeht. Genau in diesem Moment muß die einzige Institution zerschlagen werden, die die Linke erobert hat: der AStA, der auch noch nach einem SDS-Verbot organisatorisches Zentrum dieser Bewegung sein könnte.

Die Studenten wissen aber sehr wohl, daß sie im Kampf gegen das Kapital nur organisiert vorankommen können. Sie werden deshalb den AStA mit allen Mitteln verteidigen, die ihnen zur Verfügung stehen. Sie werden verstärkt gegen die vorgehen, de-

Die Strassenbahnaktionen sind noch nicht zu Ende

Warum haben Heidelbergs Schüler sich massenhaft an den Aktionen gegen die Fahrpreiserhöhungen der HSB beteiligt, wo sie doch offenbar zu den weniger Betroffenen gehören? Daß die Schüler gruppenweise oder daß ganze Klassen dem Unterricht fernblieben, hat bestimmte Ursachen: Sie haben erkannt, daß einzelne Schüler mit Noten und Disziplinarstrafen ziemlich leicht fertig zu machen sind und haben deshalb zu Hunderten die Schule verlassen und die Lehrer mit den ängstlichen Schülern unter sich gelassen.

An den einzelnen Schulen wurden von den Vollversammlungen Beschlüsse verabschiedet, in denen die Schüler sich fast einstimmig mit den protestierenden Arbeitern und Studenten solidarisierten und beschlossen, am Boykott und an der Blockade der HSB aktiv teilzunehmen. Mit den Vollversammlungen haben sich die Schüler eine Möglichkeit geschaffen, ohne die Aufsicht der Lehrer diskutieren zu können. Werden dort Resolutionen verabschiedet, die über den Kompetenzbereich der amtlichen "Schülermitverwaltung", einer Art Betriebsrat der Schulen, hinausgehen, muß die Schulbürokratie einschreiten, weil dann der Schulfrieden, der durch Notengebung und Disziplinarstrafen aufrecht erhalten wird, gefährdet ist. Die SMV (Schülermitverwaltung) ist eingerichtet worden, um demokratische Bedürfnisse der Schüler nach Mitbestimmung ungefährlich zu machen. Schüler haben auf der SMV da etwas zu sagen, wo es nichts zu sagen gibt, wie Klassenbälle arrangiert werden und wer auf dem Schulhof das Papier aufliest. Deswegen muß den Lehrern und den Direktoren das, was auf einer Vollversammlung der Schüler diskutiert wird als gefährlich erscheinen, weil sie es nicht mehr kontrollieren können.

Auf diese Weise setzen die Schüler dem ständigen Druck von oben den organisierten Widerstand von unten entgegen. Die Schüler haben das, was sie auf den Vollversammlungen beschlossen haben, in die Praxis umgesetzt und am Montag- und Mittwochmorgen die Blockade der HSB selbstätig organisiert. Doch auch für den Kampf in der Schule hat die Straßenbahnaktion Konsequenzen. Die Stadtverwaltung und die Schulbürokratie, die schon immer recht gut zusammengearbeitet haben, wenn es galt sich unbequemer Schüler zu entledigen, versuchen sich jetzt nachträglich dafür zu rächen, daß sie eine empfindliche Schlappe einstecken mußten. Daß sie jetzt zu Disziplinarmaßnahmen greifen müssen (im Kurfürst-Friedrich-Gymnasium wurden die Namen der an der Aktion Beteiligten ans Oberschulamt weitergereicht), zeigt, wie unsicher diese Herren geworden sind. Um sich ihre Herrschaft abzusichern mußten Lehrer und Direktoren schon immer zu Strafen greifen, jetzt aber sind sie so verwirrt, daß sie für ihre Strafen das Oberschulamt um seinen Segen dafür bitten. So sicher sitzen diese Herren ja nicht in ihrem Sattel, daß sie nicht ständig befürchten müßten, daß sich die Schüler gegen eine Bildungspolitik zur Wehr setzen könnten, die die Art der Ausbildung, die ein Kind bekommt, nach der Dicke des elterlichen Geldbeutels bestimmt. Eine Forderung wie "freie Fahrt zur Schule" ist bereits ein Teilziel des Kampfes gegen eine unsoziale Sozialpolitik: zur Lehrmittelfreiheit müßte selbstverständlich die kostenlose Schulfahrt gehören.
Ein Arbeiter beispielweise, der einen relativ hohen Lohn von 750 DM netto monatlich verdient, zahlt für jedes Kind, das eine Schule besucht 3,5% seines Lohnes für die Fahrt zur Schule. Bereits ein 14jähriger Lehrling oder Hilfsarbeiter ist in der Lage, selbst Geld in den elterlichen Haushalt zu bringen, wenn auch die Höhe seines Verdienstes seiner Arbeitsleistung Hohn spricht. Ein Schüler jedoch belastet auf Jahre hinaus wesentlich stärker den elterlichen Geldbeutel. Deswegen hat ein Arbeiter eher Interesse, seine Kinder möglichst schnell Geld verdienen zu lassen als die Opfer für langwierigen Schulbesuch aufzubringen. Eine soziale Ausbildungspolitik müßte die Eltern von allen finanziellen Belastungen befreien. Die heutige Sozialpolitik jedoch verhindert, daß alle Kinder eine ihrer Begabung entsprechende Ausbildung erhalten. Um auf diese Sozialpolitik, die dazu dient, die Kinder aus finanziell weniger gut gestellten Schichten zu benachteiligen, endlich Einfluss nehmen zu können, müssen die Schüler Demokratie massenhaft praktisch verwirklichen, indem sie den organisierten Kampf gegen die ständige Willkür der Staatsbürokratie aufnehmen.

Vorerst jedoch gilt es, diejenigen Mitschüler zu schützen, die wegen ihres Protestes gegen die Fahrpreiserhöhung jetzt bestraft werden sollen. Wenn jetzt etwa 100 Schüler des Bunsengymnasiums für 3 Tage vom Unterricht ausgeschlossen werden sollen, so liegt es jetzt an den Schülern selbst, durch organisierten Widerstand solche Abschreckungsmaßnahmen zu einem Schlag ins Leere zu machen. Der Kampf gegen die Preiswillkür der HSB wird in der Schule weitergeführt.
Um den politischen Schülern Heidelbergs zu zeigen, daß sie in ihrem Kampf nicht allein stehen und um ihnen deswegen ihre Solidarität auszudrücken, verabschiedete die Versammlung der aktiv an der Blockade Beteiligten vom 19. Juni 1969 einstimmig folgende Resolution:

RESOLUTION

gen, die ihnen zur Verfügung stehen. Sie werden verstärkt gegen die vorgehen, deren Herrschaft in der Universität durch das Hochschulgesetz, das Ordnungsrecht und andere Sondermaßnahmen gesichert wird: gegen die Professoren. Und weil diejenigen wissen, die die Gesetze zur Schaffung endgültiger Ruhe und Ordnung gemacht haben daß es längst nicht mehr um Studenten und studentische Privilegien geht, sondern um die Herrschaft des Kapitals, richtet unser Kampf sich gegen sie.

Heute abend wird Ministerpräsident Filbinger mit geducktem Nacken unter dem Schutz mehrerer Hundertschaften Polizei ins Schloß schleichen. Dort wird er dann wohl seine Stimme erheben gegen Terroristen und warnend darauf hinweisen, daß organisierte Selbsthilfe gegen Fahrpreiserhöhungen eine "Bürgerkriegssituation" schaffe. Er wird sich der "Diskussion" mit ausgewählten Bürgern stellen, um Vertrauensbeweise einzuholen. Wahrscheinlich werden die Gäste sowieso die sein, deren Interessen da gesichert werden sollen. Wenn nicht, so schadet das Filbinger nicht. Er weiß, Diskussionen haben keine Folgen: Sie können die "Repräsentanten" nicht binden. Wenn er sich aber der Diskussion stellt, so nur, um zu erreichen, daß die Beherrschten immer nur reden und nie handeln. Filbinger, der sich gewöhnlich einer gewählten Sprache bedient, findet plötzlich zur Schlichtheit zurück und meint, mit dem Ordnungsrecht und der Abschaffung des AStA müsse es einfach "hinhauen". Er soll achtgeben, daß er nicht wieder in das Wasser schlägt, das er uns abgraben will.

Heute ab 16 Uhr findet in der Neuen Universität ein teach-in statt, auf dem wir ausführlich diskutieren werden, wie wir den AStA verteidigen können. Anschließend werden wir uns zum Schloß begeben und Filbinger demonstrieren, daß er hier nichts zu suchen hat.

Rechtshilfefonds Konto Nr:

folgende Resolution:

RESOLUTION

Die Blockade der Heidelberger Straßenbahn wurde am Montag- und Mittwochmorgen weitgehend von den Schülern selbsttätig durchgeführt. Die bei der Blockade beteiligten Schüler befolgten die von den Vollversammlungen der einzelnen Schulen verabschiedeten Resolutionen indem sie die Schule teilweise erst gar nicht besuchten oder später in kleineren Gruppen und klassenweise ihre Anstalten verließen. Die daraufhin angedrohten Schulstrafen und Erpressungen von seiten der Schulbürokratie sollten diesen neuen Ansatz zur Selbsttätigkeit der Schüler schon im Keime ersticken. Der Schlag, der die streikenden Schüler treffen soll, gilt nicht nur den Vollversammlungen, die den Boykott und die Blockade beschlossen hatten, sondern ist auch als eine konzertierte Aktion von Stadt- und Schulbürokratie gegen die gemeinsamen Aktionen der Schüler, Arbeiter und Studenten zu verstehen. Die Direktoren hatten gegen die Resolutionen solange nichts einzuwenden, wie sie nur auf dem Papier standen. Jetzt versuchen sie nachträglich deren praktische Konsequenzen in der Bestrafung einzelner Schüler zum Delikt zu machen. Die Androhung von Schulstrafen hat in den sonst sich so liberal gebenden Direktoren den Schulmeister gezeigt, der dann zum Prügelstock greift, wenn es darum geht, die Vollversammlungen als Organe der politischen Willensbildung mundtot zu machen. Auf den Vollversammlungen organisieren die Schüler den politischen Widerstand gegen die autoritäre Schule und den autoritären Staat. Deshalb sind sie den Schulverwaltern ein Dorn im Auge. Die Straßenbahnaktionen sind noch nicht zu Ende. Wir werden Strafmaßnahmen, die sich gegen die Schüler richten, die sich an den Aktionen beteiligt haben, mit Maßnahmen gegen deren Initiatoren beantworten.

9980 Volksbank